



Protokollauszug

zum AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 21.07.2021, 17:00 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal (Hybrid-Sitzung)

ÖFFENTLICH

TOP 1 Planung Neuwahl Jugendgemeinderat
- mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Die Sitzung findet in einem hybriden Format statt. Hierzu ist im Vorfeld die gewünschte Teilnahme abgefragt und auf Wunsch an die Stadträtinnen und Stadträte, die Presse und die beteiligten Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter ein Link verschickt worden. EBMin Schmetz prüft die Anwesenheit der Ausschussmitglieder vor Ort und digital. Online zugeschaltet ist Stadträtin Shoaleh. Für die Bürgerschaft findet eine Übertragung in den kleinen Saal des Kulturzentrums statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung berichtet EBMin Schmetz über die Situation der Corona- Pandemie. Die Inzidenzwerte steigen wieder an. Bei Erreichung der Inzidenzstufe 2 werden Restriktionen erfolgen und Planungen angepasst werden. Der Ferienspaß und die Angebote für die Kinder werden weiter unter Einhaltung der Corona Bedingungen geplant. EBMin Schmetz gibt einen Überblick über die Vorbereitungen, unter anderem nennt sie das zusätzliche Angebot der Kunstschule Labyrinth, die Übernahme der Eintrittsgelder für die Sommerferien durch die Sparkasse, das Schwimmprojekt, der Ausbau des Ferienspaßes, das Summercamp, die Lernbrücken, sowie zahlreiche kreative, künstlerische und sportliche Angebote. Weiter informiert sie über das niederschwellige Angebot des Impfbusses. Nachdem EBMin Schmetz die Beschlussfähigkeit festgestellt hat und es zur Tagesordnung keine Änderungswünsche gibt, ruft sie Tagesordnungspunkt 1 auf.

Es erfolgt ein Bericht über die Planung der Jugendgemeinderatswahl 2021 durch einen **Mitarbeiter** des Fachbereiches Bildung und Familie, anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Im Land gebe es einige Jugendgemeinderäte, die die Wahl wegen der Coronapandemie verschieben, der Ludwigsburger Jugendgemeinderat habe sich jedoch entschieden, den zweijährigen Zyklus beizubehalten.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Wiedmann** fragt nach dem aktuellen Stand der Kandidatenanzahl und will wissen, ob die Wahlunterlagen automatisch versandt werden.

Die Einrichtung des Jugendgemeinderates sei eine gute Entscheidung gewesen, merkt Stadtrat **Meyer** an. Das Gremium habe sich gut entwickelt und könne sich in Demokratie und Verantwortung üben.

Stadträtin **Moersch** lobt die herausragende, professionelle und effektive Arbeit des Jugendgemeinderates. Sie dankt auch für die Begleitung durch die Verwaltung. Ebenso stellt sie die Frage nach der Anzahl der Kandidaten und wie viele sich erneut zur Wahl stellen.

Die Schulsozialarbeit solle in den Wahlvorgang mit eingebunden werden, meint Stadtrat **Maier**. Der Jugendgemeinderat sei in der kommunalen Arbeit ein wichtiges Gremium. Eine umfangreiche Auswertung des bisherigen Jugendgemeinderates sei hilfreich.

Stadtrat **Heer** dankt den Jugendlichen und der Verwaltung. Die Jugendlichen engagieren sich in der Kommunalpolitik und bringen sich in die Stadtgesellschaft ein. Er unterstützt diese Arbeit gerne.

Man solle über die Schulen mobilisieren, so Stadträtin **Schmidt**. Jedoch dürfen auch Azubis und Jugendliche, die derzeit einen Freiwilligendienst leisten oder erwerbslos sind, nicht vergessen werden.

Ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Bildung und Familie geht auf die offenen Fragen ein. Der aktuelle Stand liege bei 33 Kandidaten. Der Wahl-Tan werde unaufgefordert versandt. Alle wahlberechtigten Jugendliche, die in Ludwigsburg wohnen, werden erreicht. Die auswärtigen Schüler bekommen ihre Wahl-Daten über die Schulen in städtischer Trägerschaft. Es bestehe eine enge Zusammenarbeit mit den Schulen und der Schulsozialarbeit.

EBMin **Schmetz** dankt den ausscheidenden Jugendgemeinderatsmitgliedern für ihre hervorragende Arbeit und sie wünscht viel Erfolg bei der Suche nach Kandidatinnen und Kandidaten.

Beschlussempfehlung:

1. Der mit der Neufassung der Schulbezirkssatzung am 07.11.2018 beschlossene Zuschnitt der Grundschulbezirke *6 Sophie-Scholl-Schule* und *8 Oststadtschule* zum Schuljahr 2022/23 wird geändert und entsprechend dem Schulbezirksplan in Anlage 1 neu festgelegt.
2. Dieser Schulbezirksplan in Anlage 1 ist Bestandteil der am 07.11.2018 beschlossenen Schulbezirkssatzung und gültig für alle Neuanmeldungen ab dem Schuljahr 2022/23.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** führt in das Thema ein. Zur Initiative sei Kontakt aufgenommen worden. Mit den gefällten Beschlüssen zur Haushaltsplanung habe man die Erweiterung der Oststadtschule aus der mittelfristigen Planung herausgenommen. Der Zuschnitt der Südstadt sei somit dorthin nicht möglich.

Der zukünftige **Leiter** des Fachbereiches Bildung und Familie informiert anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Auf der Basis des Beschlusses aus dem Jahre 2018 habe man die Schulbezirksänderungen getroffen. Der erste Schritt sei bereits umgesetzt worden. Die Prämissen der Entfernung und die Sicherheit der Schulwege, die Wohnbaupotentiale, die Entwicklung der Schülerzahlen und die Auslastung der Gebäude werden abgeglichen. Er geht auf die Vorlage und die empfohlene Vorgehensweise ein. Es werden weitere Lösungsmöglichkeiten untersucht und voraussichtlich im Herbst vorgestellt.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache und erteilt den Antragstellern das Wort.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** kann mit der Lösung mitgehen. Änderungen müssen laufend geprüft werden, auch hinsichtlich eines Generationenwechsels. Für die Oststadtschule sei eine falsche Entscheidung getroffen worden. Sie fragt, ob das leerstehende Wüstenrotgebäude als Option für eine Grundschulaußenstelle möglich sei. Sichere Schulwege sollen geschaffen werden und in die Verkehrs- und Stadtplanung einfließen.

Stadtrat **Heer** zeigt sich mit dem Verwaltungsvorschlag ebenso einverstanden. Die Eltern sollen eingebunden werden. Sichere Schulwege seien wichtig. Er wünscht Informationen zur Auswertung der Ummeldungsanträge.

Grundschüler haben ohne Angaben eines triftigen Grundes keine Schulbezirkswahl, merkt EBMin **Schmetz** an. Eine Abfrage werde beim staatlichen Schulamt erfolgen.

Der Zwischenschritt sei vernünftig, meint Stadtrat **Meyer** und stimmt zu. Der sinnvollste Weg unter dem Aspekt der Sicherheit und Entfernung müsse in gewissen Abständen diskutiert werden.

Ein enger Austausch und eine Abstimmung mit den Eltern müsse erfolgen, so Stadträtin **Moersch**. Sie kann die Initiative der Eltern nachvollziehen. Schulweglänge und Querung von Hauptverkehrsstraßen haben Grenzen und müssen beachtet werden. Im ersten Schritt könne sie mit dem Vorschlag mitgehen. Sie wünscht eine zeitnahe Rückmeldung zum Stand der Elterngespräche.

Im ersten Schritt sei die Lösung akzeptabel, meint ebenso Stadträtin **Metzger**. Alle Wünsche können jedoch nicht berücksichtigt werden. Ein hohes Sicherheitsrisiko sieht sie in der Querung der Bundesstraße.

Im Herbst gebe es neue Lösungsvorschläge, so EBMin **Schmetz** und lässt über die Vorlage abstimmen. Der Antrag der Grünen-Fraktion und die Anfrage der FDP-Fraktion sind mit dieser Beratung als erledigt anzusehen, so die Rückmeldung der Antrag- und Anfragesteller.

TOP 2.1 Grundschulbezirke
 - Antrag der Grünen-Fraktion vom 09.06.2021

Vorl.Nr. 190/21

Beratungsverlauf:

Der Antrag ist mit der Beratung zu TOP 2 als erledigt anzusehen.

TOP 2.2 Bericht zu Einschulungen
 - Anfrage der FDP-Fraktion vom 21.06.2021

Vorl.Nr. 232/21

Beratungsverlauf:

Die Anfrage ist mit der Beratung zu TOP 2 als erledigt anzusehen.

TOP 3 Maßnahmen zur Bedarfsplanung
 Kindertageseinrichtungen für das Kindergartenjahr
 2021/22
 (Vorberatung)

Vorl.Nr. 194/21

Beschlussempfehlung:

1. Änderungsanträge der Kindertageseinrichtungen:

1. Den beantragten Änderungen des Betreuungsangebots laut Anlage 1 für das Kindergartenjahr 2021/22 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Der zukünftige **Leiter** des Fachbereiches Bildung und Familie informiert zum Thema. Aufgrund der aktuellen Anmeldesituation werden Sofortmaßnahmen geplant und noch im Jahre 2021 umgesetzt. Hierzu sei im Herbst eine Vorlage vorgesehen. Die Sofortmaßnahmen sind in der Vorlage 194/21 nicht genannt.

Ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Bildung und Familie geht auf die Vorlage ein. Er bewertet die Situation als angespannt. Mögliche Sofortmaßnahmen werden derzeit noch geprüft.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache.

Die Anpassungen seien nachvollziehbar und auf die Bedürfnisse der aktuellen Eltern werde eingegangen, freut sich Stadträtin **Wiedmann**. Sie hofft, dass das Übergangskonzept die gesetzten Ziele erfülle. Langfristig müsse mehr unternommen werden und kleinere Angebote, wie Kindernester, akquiriert und unterstützt werden.

Stadtrat **Meyer** stimmt der Vorlage zu. Er appelliert jedoch an die Verwaltung eine schnelle Lösung zu finden und zeitnah zu beraten. Oktober sei zu spät. Die Anmeldezahlen zeigen ein hohes Defizit auf. Er geht auf die Sofortmaßnahmen ein. Zudem müsse Personalakquise betrieben werden. Die Situation sei für die betroffenen Familien schwierig.

Stadträtin **Moersch** stimmt ebenso der Vorlage zu. Sie wünscht eine schnelle Reaktion auf die Situation. Weiter geht sie auf eine mögliche Umschichtung der Mitarbeiter ein.

Für die betroffenen Familien sei die Situation katastrophal, so Stadträtin **Metzger**. Die Angebote müsse man ständig an die Nachfrage anpassen, auch hinsichtlich der Pandemiesituation.

Betreuungsplätze werden gebraucht, merkt Stadtrat **Heer** an. Die Eltern müssen sich auf eine Betreuung verlassen können. Auch baulich müssen in den kommenden Jahren Plätze erstellt werden.

Stadträtin **Schmidt** merkt an, dass betroffene Familien finanzielle Unterstützung erhalten sollten. Der Ü3-Bereich sei unterversorgt. Viele Familien haben Verdienstauffälle oder Ausgaben für private Betreuung aufgrund der fehlenden Betreuungsmöglichkeiten und sie fordert einen finanziellen Ausgleich. Sie fragt nach der Möglichkeit einer Härtefallregelung.

Eine Härtefallregelung gibt es nicht, da der Rechtsanspruch alle betreffe, so EBMin **Schmetz**. Sie geht weiter auf die Schadenersatzansprüche ein.

Ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Bildung und Familie geht auf die Personalzugänge und Personalabgänge ein. Verschiebungen werden einvernehmlich erfolgen. Derzeit erfolgen umfangreiche verlässliche Abklärungen, wie Baurecht, Brandschutz, Naturschutz, Personal, Träger und KVJS. Sobald die Umsetzung einer Maßnahme möglich sei, werde das Gremium informiert.

Stadträtin **Schmidt** wünscht eine Hilfe für Eltern im Vorfeld, ohne ein Klageverfahren anstreben zu müssen. Die Situation sei für manche Familien eine Katastrophe. Sie wird hierzu einen schriftlichen Antrag nachreichen.

Die Anregung aus dem Gremium, die Sofortmaßnahmen zeitnah zu beraten, nimmt EBMin **Schmetz** mit und lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

1. Der Förderung der Baumaßnahme „Sanierung der Fenster“ im Evangelischen Kindergarten Sterntaler, Theurerstr. 3 wird zugestimmt. Der Träger erhält für diese Maßnahmen einen Zuschuss in Höhe von bis zu maximal 21.826 Euro.
2. Der Förderung des Austausches der Zugangstür zum Außenbereich wird zugestimmt, der Träger erhält für diese Maßnahme einen Zuschuss in Höhe von maximal 3.425 Euro.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

Nachdem auf eine Aussprache verzichtet wird, lässt EBMin **Schmetz** nach einem kurzen Sachvortrag durch die Verwaltung über die Vorlage abstimmen.

Beschlussempfehlung:

1. Der Brandschutzbedarfsplan der Firma FORPLAN wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt in Abstimmung mit der „AG Zukunft der Feuerwehr“ und dem Feuerwehrausschuss eine qualifizierte Stellungnahme zum Brandschutzbedarfsplan zu erarbeiten. Dabei wird ein konkreten Maßnahmenplan mit einer kurz-, mittel- und langfristigen Planung erstellt.
3. Der Gemeinderat wird in regelmäßigen Abständen über die Fortschritte unterrichtet.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** ruft Tagesordnungspunkt 5 auf.

Der **Leiter** des Fachbereiches Feuerwehr und Bevölkerungsschutz informiert anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

Das Justizariat sei involviert, ergänzt EBMin **Schmetz** und geht auf die Prüfung des Schutzzieles, der Kompensationsmöglichkeiten, den Maßnahme Plan und organisatorisches Verschulden ein. Hier müsse noch Klarheit geschaffen werden. Sie eröffnet die Aussprache.

Der Katastrophenschutz leiste eine wichtige Arbeit, so Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit**. Die Feuerwehr habe eine hohe Bedeutung und müsse gut ausgestattet sein. Defizite müssen herausgearbeitet werden, unter anderem in der Zusammenwirkung zwischen Hauptamt und Ehrenamt. Die Rekrutierung Freiwilliger und Jugendakquise sei sinnvoll, wie auch die Förderung der Jugendfeuerwehr in Zusammenarbeit mit den Schulen und der Jugendförderung. Weiter geht sie auf die Aufenthalts- und Sanitärräume ein. Sinnvolle Zusammenlegungen und interkommunale Zusammenarbeit solle geprüft werden. Sie regt mehrere Ideen an, wie Ausbildung der Mitarbeiter der TDL und einem Einsatzfahrzeug vor Ort oder Unterstützung bei der Wohnungssuche. Zudem fragt sie nach den geänderten Bestimmungen bei einer Einwohnerzahl über 100.000. Sie wünscht einen Finanzierungs- und Zeitplan unter Einbeziehung von Ausbildungs-, Gerätekosten und baulichen Maßnahmen. Die künftige Entwicklung aufgrund des Klimawandels fordere eine gut ausgestattete Feuerwehr.

Der Katastrophenschutz sei enorm wichtig, merkt Stadträtin **Dr. Traub** an. Sie fragt nach der Möglichkeit der Einbeziehung des Gemeinderates in die Arbeitsgruppe zu verschiedenen Schritten. Zudem will sie wissen, ob die Satzung überarbeitet werde. Die Zusammenarbeit des Haupt- und Ehrenamtes sei ebenso wichtig.

Die Feuerwehr sei wichtig, meint Stadtrat **Dengel** und stimmt der Vorlage zu. Heute erfolgt lediglich die Kenntnisnahme des Brandschutzbedarfsplanes. Er plädiert für den Erhalt der freiwilligen Feuerwehr. Die Kameradschaft sei für die Stadtgesellschaft wichtig. Für das Ehrenamt müsse eine Personalakquise erfolgen. Die freiwillige Feuerwehr müsse umfangreich unterstützt und dürfe durch den Brandschutzbedarfsplan nicht beeinträchtigt werden. Eine reine Berufsfeuerwehr werde nicht gewollt und sei finanziell nicht leistbar.

Stadtrat **Maier** wünscht ebenso eine starke freiwillige Feuerwehr. Diese sei im Katastrophenschutz unentbehrlich und präge die Stadt durch kulturelle und soziale Angebote. Das Ziel sei die freiwillige Feuerwehr zu stärken und attraktiv zu gestalten. Er geht auf den aktuell unbeliebten Schichtbetrieb der hauptamtlichen Feuerwehr ein. Dieser müsse attraktiv entwickelt werden, um auch eine Abwanderung zu verhindern. Der Haushalt dürfe nicht auf Kosten der Sicherheit konsolidiert werden. Jedoch sei die Aufstockung eine erhebliche finanzielle Belastung. Es solle ein Vergleich mit anderen Städten erfolgen. Der Bedarfsplan werde heute zur Kenntnis genommen.

Stadtrat **Heer** geht auf die tägliche Anzahl der Ausrückungen ein. Viele Jugendliche aus der Jugendfeuerwehr rücken in den aktiven Dienst nach. Er lobt die Arbeit der Feuerwehr.

Das Ehrenamt werde gefördert und eingebunden, so der **Leiter** des Fachbereiches Feuerwehr und Bevölkerungsschutz. Man werde immer ein gut ausgebildetes Ehrenamt brauchen. Das Feuerwehrgesetz gibt vor, dass ab einer Einwohnerzahl von 100.000 eine Berufsfeuerwehr aufzustellen sei. Bis zu einer Einwohnerzahl von 150.000 sei eine Ausnahme möglich. Für die Einschätzung sei der Vergleich zu anderen Städten hilfreich. Es sei ein Zusammenspiel vieler Faktoren, auch Randfaktoren müssen verglichen werden. Ein fortlaufendes Controlling finde bereits heute statt. Durch die Verwaltungssoftware könne auf Details und Maßnahmen eingegangen werden. Hierauf solle das Haupt- und Ehrenamt Zugriff haben.

EBMin **Schmetz** spricht ihren Dank an die Feuerwehr aus und lässt über die Vorlage abstimmen. Das Ehrenamt werde gestärkt. Die Rahmenbedingungen für das Hauptamt seien derzeit nicht ideal und müsse verbessert werden. Eine Satzungsänderung werde vermutlich noch in diesem Jahr erfolgen. Die Finanzierungs- und Zeitpläne seien feste Bestandteile des Maßnahmenplanes. Die Idee, den Gemeinderat in die Arbeitsgruppe mit einzubeziehen, werde mitgenommen und mit der Arbeitsgruppe abgesprochen. Hier können die unterschiedlichen Sichtweisen besprochen werden.

Beschluss:

Der Reit- und Fahrverein Ludwigsburg-Oßweil e.V. erhält für die Errichtung einer automatischen Reitplatzberegnung auf dem Außenreitplatz bei anrechenbaren Kosten in Höhe von gerundet 11.436 € einen Zuschuss in Höhe von 50 % der Kosten, höchstens jedoch 5.718 €.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

Nachdem auf einen Sachvortrag und eine Aussprache verzichtet wird, lässt EBMin **Schmetz** über die Vorlage abstimmen.

Beratungsverlauf:

Es erfolgt ein Bericht durch den **Leiter** des Fachbereiches Sport und Gesundheit anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Er geht insbesondere auf den Antrag der FDP-Fraktion ein.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache und erteilt dem Antragsteller das Wort.

Stadtrat **Heer** bedankt sich für die Aufnahme des Antrages. Es sei ein großer Bedarf vorhanden, merkt er an. Das Projekt solle öffentlich beworben werden, unter anderem in Kindertagesstätten und Schulen. Er dankt den Vereinen für die Zusammenarbeit.

Das Angebot sei wichtig und solle schnell umgesetzt werden, so Stadträtin **Dr. Traub**. Sie geht auf die steigenden Inzidenzwerte und auf eine mögliche erneute Schließung der Bäder ein. Weiter geht sie auf die Anzahl der Ertrunkenen ein und merkt an, dass Seen und Flüsse ein deutlich höheres Risiko bergen.

Ebenso lobt Stadträtin **Shoaleh** die Maßnahmen.

EBMin **Schmetz** stellt fest, dass der Antrag durch diese Beratung als erledigt anzusehen sei und schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

Beratungsverlauf:

Durch die Beratung zu TOP 7 ist der Antrag als erledigt anzusehen.

EBMin **Schmetz** beendet den öffentlichen Teil der Sitzung.